

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schmelz-
töpfereien und Glasereien, für Gipser, Buger, Stuckateure, Asphaltreue, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Milli-
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abständen Rabatt,
ber nur als Kaszarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Zeile 3 M.,
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 S.

Fort mit dem Achtstundentag!

Es geschehen Zeichen und Wunder am deutschen Wirtschaftsfirmament. Der Industriekapitälpling Silberberg erklärt, ohne die Arbeiter könne in Deutschland nicht regiert werden. Das Blatt der Schwerindustriellen, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, verlangt „ehrliche Lohnleistung gegen ehrliche Arbeitsleistung.“ Sie fordert, man müsse die 63 Millionen deutscher Einwohner wieder kaufkräftig machen, daß sie sich anständig ernähren, kleiden und beschaffen können, ansonst das „Anfurbeln der Wirtschaft“ eine hohe Phrase bleibe. Der frühere Stimmes-Generaldirektor Wöglner sagt auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei, trotz verkürzter Arbeitszeit sei heute die Arbeitsleistung größer als vor dem Kriege. Eine Preisföschung sei auf allen Gebieten erforderlich und mit allen Mitteln zu erstreben. In die gleiche Kerbe hieb schon vorher Geheimrat Duisberg auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen, indem er erklärte, zu den Aufgaben der modernen Truists gehöre auch die Senkung der Preise.

Diese kleine Blütenlese aus den Behauptungen hervorragender deutscher Industrieführer und ihrer Presse ist sehr interessant. Unter dem Druck der harten Tatsachen stellen sich diese Kreise auf Auffassungen ein, die die Gewerkschaften schon seit Jahren vertreten. Warum dieser Meinungsumschwung? Hier handelt es sich um ernste Probleme der kapitalistischen Wirtschaftsföhrung. Die Produktionsmittel befinden sich noch immer in den Händen kapitalistischer Machthaber. Denen grant vor der Verewigung der herrschenden Arbeitslosigkeit. Sie ahnen, die Arbeitslosigkeit darf kein Dauerzustand sein. Mit vollem Recht können dann die Arbeiter das kapitalistische System als unvollkommen bezeichnen und Abhilfe fordern und erzwingen in der Richtung zum Sozialismus. Die Industrieführer fühlen so etwas wie Verantwortung vor Staat und Volk, vielleicht weniger aus besserer Erkenntnis heraus, als vor dem Wagnen um die Erhaltung des von ihnen propagierten und gepflegten Systems der kapitalistischen Wirtschaft, das eines Tages — falls Not und Arbeitslosigkeit fortbauern — elend Schiffbruch erleiden und als Strandgut aus sozialistische Ufer gespöht werden könnte. Deshalb sprechen sich die weitersehenden Elemente unter den deutschen Unternehmern für eine planmäßigere Wirtschaftsföhrung aus in der Erkenntnis, daß auch in der Wirtschaft allzu scharf scharftig machen kann...

Gegen einen solchen Meinungsumschwung haben wir natürlich nichts einzuwenden. Halten wir aber vor allem eins fest: Dr. Wöglner — auch der Schwerindustrielle Klöckner — hat anerkannt, die Arbeitsleistung sei gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Bisher ist das vom Unternehmertum in Vorträgen, Aufsätzen und Denkschriften bestritten worden. Jetzt dürfte das nicht mehr möglich sein. Wir führen einen Teil der Mehrleistung auf die mit Vollstampf vollzogene Nationalisierung der Betriebe zurück, zum andern aber wird durch solche Behauptungen die von uns schon immer vertretene Meinung bekräftigt, daß der Achtstundentag keinesfalls eine Minderleistung in der Produktion im Gefolge zu haben braucht und es, wenn nicht Wahnwitz und Ueberhebung, so doch mindestens wirtschaftliche Kurzsichtigkeit ist, von den Arbeitern eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich zu fordern. Ja, wir gehen noch weiter. Wir hätten angehts dieser rapiden Entwicklung den Achtstundentag für überlebt. Wir sind der Meinung, daß selbst dann, wenn das deutsche Unternehmertum in seiner Gesamtheit umschwenkt und sich zum Achtstundentag bekehrt — woran vorläufig noch nicht zu denken ist —, das Meer der Arbeitslosigkeit auch nach nicht verschwindet. Deshalb muß die Arbeitszeit in einem solchen Maße oder solcherweise verkürzt werden, daß sie die Einzel-

leistung mindert. Damit ist nicht gesagt, daß die Gesamtproduktion eingestürzt werden soll. Das wird schon verhindert durch die fortschreitende Rationalisierung, die noch lange nicht an ihrem Endpunkte angekommen ist, ja, ihn wohl nie erreichen wird. Die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung, der modernen Technik, strebt heute mehr denn je dahin, Arbeitshände durch Maschinen zu ersetzen und die erforderlichen Arbeitshände zu größtmöglicher Produktion zu schulen. Wir sehen, daß dies in wachsendem Maße gelingt: Die Produktion steigt, obwohl die Arbeitslosenziffern nur wenig nachgeben. Ja, es ist zu befürchten, daß sie zum Winter wieder stark steigen

Was liest du für eine Zeitung?

Was liest du für eine Zeitung, Kamerad?
Du liest nicht deine Zeitung, die Arbeiterzeitung.
Du liest eine Zeitung, die verlogen und fab,
Noch prunkt mit ihrer weiten Verbreitung,
Weil du den Weg zu uns nicht gefunden
Und du dich blind dem Feinde verbunden.

Du wählst rot, sagst du mir, trotz alledem,
Und paradies, meinst du, seien die Spalten,
Und sie läßen sich so bequem,
Auch sei ja alles darin enthalten...
Sag selbst, hat sie nicht bei dem Gegner gefunden,
Stets, wenn wir in Streik und Kampf uns befinden?

Nur ein Für oder Wider gib's, Kamerad!
Dich ruft deine Zeitung, die Arbeiterzeitung!
Sie trommelt Reveille dem neuen Staat,
Sie ist dir Kampfruf, ist Weg dir und Leistung.
Deine Zeitung ist Zeit und Zeit ist Vollenden...
Du trägst dein Schicksal in eigenen Händen!

wird. Auch das Programm der staatlichen Arbeitsbeschaffung kann bei seiner Verwirklichung die Arbeitslosigkeit nie beheben, sondern nur vorübergehend abmildern. Es müssen demnach durch greifendere Maßnahmen vor sich gehen, um den Ansichten der „Deutschen Bergwerkszeitung“, der Wöglner, Duisberg und Klöckner — falls es nicht bei der hohen Phrase bleiben soll — zur praktischen Durchführung zu verhelfen.

Wir erinnern an das Vorgehen Henry Fords in der Frage der Arbeitszeit. Er hat für seine Betriebe die fünfjährige Arbeitswoche durchgeführt und fordert dies auch für die übrige Industrie in den Vereinigten Staaten. Er sagt, in der freien Zeit kämen den Menschen neue Bedürfnisse mehr zum Bewußtsein, die erhöhte Mühe biete Gelegenheit, zu benutzen, was erzeugt wird. Die verkürzte Arbeitswoche habe bisher nur dazu gedient, die Produktion bei zeitweise verringertem Absatz niederzuhaltten. Solche Perioden ließen sich vermeiden, wenn man die Fünfstage-Woche aus entgegengesetzten Gründen einföhrte, um nämlich die Gelegenheit zum Verbrauch aller Erzeugnisse zu vergrößern. Man habe früher den Zehnstundentag, später den Achtstundentag bekämpft, weil man davon einen schädlichen Einfluß auf die Produktion befürchtete; man nahm an, dann werde es nicht möglich sein, bei kürzerer Arbeitsdauer die Welt mit allem Lebensbedarf vorzujagen zu können. Durch diese falsche Einstellung habe die Industrie ihre eigenen Kunden vom Kaufen abgehalten. In den Aufstellungen kämen den Arbeitern Bedürfnisse, zu deren Deckung die Arbeitsstunden da sind, und sie würden arbeiten, um ihre Lebenshaltung auf dieser Höhe zu erhalten. — So äußert sich Ford. In der „Frankfurter Zeitung“ trat kürzlich der (Großindustrielle) M. A. L. in dieser Ansicht bei. Er sagte, man sei sich immer noch nicht darüber klar, daß die Masse der eigentliche und größte Verbraucher sei. So werde eine komplizierte und teure Maschine zum Be-

drucken von Geweben von dem Wunsche der Arbeiterfrau oder des Dienstmädchens, buntdruckte Kleider und Schürzen zu tragen, in Bewegung gesetzt. Verdiene der Arbeiter oder die Arbeiterfrau zu wenig, dann stehe die Maschine still. So oder ähnlich liege es auf andern Gebieten der Produktion. Man habe bisher die reichen und wohlhabenden Schichten als die eigentlich maßgebenden Verbraucher betrachtet. Das sei durch die Entwicklung längst überholt. In Amerika sei man von der veralteten Auffassung, den Arbeiter erst in letzter Linie als Menschen einzuschähen, abgekommen. Das Vorgehen in Amerika verdiene scharffe Aufmerksamkeit, die gefühlsmäßig belasteten Schlagworte „Begehrlichkeit der Arbeiter“ und „Maffiger der Industrie“ müßten aus der Polemik endlich verschwinden.

Wir verzeichnen solche Unternehmerräuferungen mit Genugtuung. Sie bekämpfen die Auffassungen, die man in Gewerkschaftskreisen schon längst hat, sie werfen die Ansichten industrieller Scharfmacher und die „wissenschaftlichen“ Behauptungen vieler „Wirtschaftsgelehrten“, die sich mit schwerer Mühe ihre Schulweisheit auf den Bänken der Hochschule erworben haben, auf den Komposthaufen. Hier reißt — wenn auch erst in bescheidenem Umfange — auch bei den Unternehmern wahrer Wirtschaftserkenntnis. Ganz gewiß, die Taten stehen noch aus. Wir sehen im Gegenteil, daß die meisten Unternehmer noch umherpendeln zwischen der Erkenntnis von der Steigerung der Massentaufkraft und dem Festhalten an den rückständigen Methoden der Verbandswirtschaft. So hat das Rohstoffsymbilist Preisserhöhungen beantragt; Verträge zwischen der Eisen verarbeitenden Industrie und der Schwerindustrie lassen ebenfalls die Möglichkeit von Preissteigerungen offen. Man sucht am Alten, am Falschen und Ueberlebten festzuhalten; man scheut sich in geistige Unkosten zu stützen und die Wirtschaftsprobleme einmal von der andern Seite anzupacken. Die Wöglner, Klöckner, Madsch und Duisberg sind noch sehr vereinzelt, zudem reichen auch sie noch lange nicht an einen Ford heran. Aber halten wir fest: Einstufreiche deutsche Industrielle erkennen, daß die großen Massen aus von ihnen anerkannten Gründen kaufkräftig gemacht werden müssen. Dies bedingt als Voraussetzung Arbeit und auskömmliche Löhne für alle Bevölkerungskreise. Jede Lohnabbau verschärft die Wirtschaftskrise, jede Lohnzulage mildert sie ab. Jede Verlängerung der Arbeitszeit unter übermäßiger Ausbeutung der Einzelarbeitskraft fördert die Stupidität, die Bedürfnislosigkeit und verschärft die Arbeitslosigkeit. Jede Verteuerung der Waren mindert den Absatz und verlängert die Wirtschaftskrise. Nun wohl: Seht diese Unternehmererkenntnis in die Tat um! Her mit dem Preisabbau! Fort mit dem Lohnabbau, gebt den Arbeitern auskömmliche Löhne! Und fort mit jeder Durchlöcherung des Achtstundentages! Im Gegenteil: Fort mit dem Achtstundentag — auch er ist noch zu lang! — und eine Neuregelung der Arbeitszeit nach Ford'schem Muster!

Vor allem erachten wir angehts solcher gewichtigen Gutachten alle Unternehmerrbestrebungen, die auf eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit hinielen, als eine wirtschaftliche Frivolität. Der Achtstundentag erweist angesichts der rapiden Industrieentwicklung nach der Seite der Nationalisierung hin, wobei es nie einen Stillstand geben wird, schon heute als überlebt. Die Arbeiterchaft verlangt vom Staat und der Gesellschaft, daß sie alles tun, durch eine planmäßige Wirtschaftsföhrung die jetzt brackliegenden Arbeitskräfte zu voller Beschäftigung zu bringen. Zu den hierbei erforderlichen Maßnahmen gehört nicht nur der formale Achtstundentag, sondern bei guten Löhnen eine Verkürzung der Arbeitszeit in dem Maße, daß dadurch alle Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden können und kaufkräftig sind. Erst dann wird die Wirtschaft gesunden.

Erst dann wird die Arbeiterschaft von einer Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage reden können. Trotzdem wird aber auch dann der Widerspruch zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsauffassung bestehen. Das Unternehmertum kann, wenn es die Pfade wandelt, die ihm seine einsichtsvolleren Kollegen anraten, eben nur den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft hinauszögern. Folgt es den vorgeschlagenen Reformen nicht, dann wird sich um so eher die fernere Unzweckmäßigkeit des kapitalistischen Systems erweisen; es muß erkranken an seiner eigenen Unmöglichkeit. Der Weg, der hier gewiesen wird, dient also — dies klingt konservativ — der vorläufigen Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Jedoch ist dieser Entwicklungsgang wirtschaftlich notwendig. Der Privatkapitalismus muß sich nach ehernen Wirtschaftsgesetzen zu höchster Blüte entwickeln, erst dann ist er abbaureif. Und wir können uns damit trösten, daß die ihm auf diese Weise erkundende Frist nur eine Galgenfrist ist!

Internationales Manifest für die Handelsfreiheit.

Die internationale Zusammenarbeit des Industrie- und Handelskapitals schreibt fort. Freit täglich ist so etwas wie eine Sentenz zu registrieren. kaum haben die Industriellen Deutschlands und Englands Verbrüderung geübt, treten zahlreiche Wirtschaftsführer der maßgebendsten kapitalistischen Staaten der ganzen Welt mit einem großen Wirtschaftsmanifest, das die volle Handelsfreiheit fordert, vor die Öffentlichkeit. Nachdem einleitend die Schwierigkeiten aufgezeigt sind, die dem freien Handel durch Zollmauern, politische Schwierigkeiten, Verreizung ehemaliger Wirtschaftsgelände, hohe Zölle, künstliche Steuerungen usw. erwachen, heißt es in dem Manifest: „Daher kann keine Erhöhung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschungsprozess, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Voraussetzung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, beeinträchtigen wir damit auch die Möglichkeit ihre Schulden abzugeben und unsere Produkte zu verkaufen. Eingegrenzter Import bringt auch Beschränkung des Exportes mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. . . . Der Völkerverbund und die Internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren.“ Das Manifest schließt: „Wir wünschen, unserer festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wieder herzustellen.“

Vertreter folgender Staaten haben den Aufruf unterschrieben: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Italien, Schweden, Desterreich, Norwegen, Ungarn, die Schweiz, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die ersten Namen der privaten Wirtschaft befinden sich darunter. Die Unterzeichner Morgans, des Finanzkönigs von Amerika, dürfte besonders erwähnt

werden. Die Leiter der Notenbanken in den einzelnen Ländern befinden sich fast ebenfalls vollständig darunter. Von Deutschland haben u. a. unterzeichnet: Dr. Wojß (K. O. Farbenindustrie), Dr. Deusch (M. G. O.), Karl Meißner (Werbung & Co.), Franz v. Wendelsjohn (Berliner Industrie- und Handelskammer), Reichsanpräsident Dr. Engel, u. Siemens (Siemens & Halske), A. Höpfer (Stahlfabrik). — Man kann auf die Wirkung dieses internationalen Wirtschaftsmanifestes gespannt sein. Jedenfalls ist sicher, daß die alten Zustände der gegenseitigen Absperrung durch hohe Zölle unmöglich nicht mehr so leicht möglich sind.

Zur Finanzierung des Wohnungsbaues.

Vor einiger Zeit hat der preussische Wohnungswirtschaftsminister Girzifischer im „Alltäglichen Preussischen Volksdienst“ einen Aufruf veröffentlicht, der eine Arbeitsteilung des Miniums darstellt. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich verringern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen. Damit das Wohnungsproblem in Preußen allmählich voll gelöst wird, brauchen wir eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200 000 neue Wohnungen jährlich erstellt. Dafür werden an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt 1 000 000 000 Reichsmark. Als Quelle für diese öffentlichen Beihilfen kommt bei uns weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen wäre, in Frage. Um diese eine Milliarde aus der Hauszinssteuer für Neubaugewerke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 60 % der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und gesetzlichen Verringerung nötig. Es wäre also eine weitere Erhöhung der Mieten um 30 % der Friedensmieten nötig. Diese Erhöhung erscheint auf den ersten Blick unerträglich. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit der Wohnungswirtschaft und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer leicht herauskommen wollen. Die Vorteile der erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem geleugnet werden können. Für übrigen hat kein Mensch von dem erhöhten Bauprogramm Nachteil; denn das Mehr an Miete kommt doch. Das zeigen die Erfahrungen in allen andern Kulturländern. Deshalb werde ich mich an jeden Deutschen und an jeden Preußen mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programms mitzuwirken.“

Dieser Aufruf hat in der Presse — wie nicht anders zu erwarten war — einen lebhaften Widerhall ausgelöst. Eine Erhöhung der Miete um 30 % der Friedensmiete wird allgemein abgelehnt. Das ist verständlich. Die Lösung des Wohnungsproblems ist aber so wichtig, daß der Girzifischerische Vorschlag nicht damit erledigt sein darf, daß das Wort Wohnungswirtschaft in Aufsehungsstiche gerät und der Vorschlag selbst als bolschewistischer Wahnsinn bezeichnet wird. Die Versicherung, daß man durch- aus für mögliche Förderung des Wohnungsbaues ist, hilft uns leider nicht. Wenn gelöst werden soll, muß man auch den Mut aufbringen, für die Aufbringung der Mittel einzutreten, selbst wenn es uns hart und weh tun sollte.

Es dürfte wohl den elementarsten volkswirtschaftlichen Grundgedanken entsprechen, wenn verlangt wird, daß die

Mittel für den Wohnungsbau von der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden müssen. Alle andern Aufbringungsversuche haben bisher keine durchgreifende Hilfe bringen können und würden sich auch in der Zukunft als unfruchtbar erweisen. Die Anerkennung dieses Grundabes bedeutet aber tatsächlich, daß die Mittel für den Wohnungsbau aus der Miete kommen müssen. Nach den Berechnungen Girzifischeres würden 50 % der Wohnungsmiete, auf dem Wege über die Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt, reichlich genügen, um das nun für nötig gehaltene Wohnungsbauprogramm durchzuführen. Diese 50 % aufzubringen und über die Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zuzuführen, erscheint durchaus nicht unmöglich; denn die Hauszinssteuer beträgt ja schon heute nicht nur 20 % der Wertmiete, sondern 35 bis 40 %. An den geforderten 50 % fehlen also nicht 30, sondern nur 10 bis 15 %. Da nun heute durchaus nicht in allen Ländern 20 % für den Wohnungsbau verwendet werden, würde eine genauere Berechnung wohl ergeben, daß auch 45 % der Wertmiete, überall gleichmäßig erhoben und dem Wohnungsbau zugeführt, schon genügen würden, um das Girzifischerische Bauprogramm durchzuführen und damit in absehbarer Zeit aus dem schlimmsten Wohnungs- elend herauszukommen.

Um diese 45 % für den Wohnungsbau verfügbar zu machen, muß allerdings eine andere Frage vorher beseitigt werden. Das ist die Verwendung von 20 % der Wertmiete aus der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder. Das ist freilich volkswirtschaftlicher Wahnsinn und steuerpolitischer Unfug. Denn so richtig es ist, daß auch die Wohnungswirtschaft sich selbst tragen muß, daß die Gelder für den Wohnungsbau von der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden müssen, ein so himmelschreiendes Unrecht ist es, einen Wohnungswirtschaftsweiger, der so frank und gerührt ist, wie die Wohnungswirtschaft, mit einer derartig hohen und ungerichtet wirkenden Steuer, wie es diese 20 % sind, für den allgemeinen Finanzbedarf der Länder zu belegen. Unter der Voraussetzung, daß diese steuerpolitische Unstimmigkeit wird, ist der Girzifischerische Vorschlag diskutabel; denn eine auch dann noch notwendige Erhöhung der Hauszinssteuer und damit der Mieten um höchstens 10 bis 15 %, vielleicht sogar nur 5 bis 10 % der Wertmieten ist zwar im ersten Anblich schwer, vielleicht sogar für diesen und jenen untragbar (das ist, nebenbei bemerkt, auch die heutige Miete schon), doch wirtschaftlich aber kann eine solche Erhöhung nicht als untragbar bezeichnet werden. Sie würde bei Monatsmieten von 25 bis 35 M. eine monatliche Mehrausgabe von etwa 3 bis 5 M. bedeuten. Für die Teile der Arbeiterschaft, deren Beschäftigungsmöglichkeiten von der Bautätigkeit abhängig sind — und das sind ja weit mehr als die eigentlichen Bauarbeiter — würde bei voller Beschäftigung auf die sie dann rechnen könnten, diese Mehrausgabe selbst ohne Lohnherhöhung leichter tragbar sein als die monatelange Arbeitslosigkeit, mit der jeder einzelne Angehörige des Bau- und des Bauneben- gewerbes jetzt belastet ist. Aber wer sagt denn, daß die Arbeiterschaft diese Mehrausgabe von ihrem jetzigen Einkommen tragen muß? 3 bis 5 M. im Monat erfordern eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 bis 3 S. Wenn die Gesamtwirtschaft durch diese Umverteilung des Wohnungsbaues nur einigermaßen in Gang kommt, was durch-

Das Haus mit den 480 Wohnungen.

Von Karl Goatter, Innsbruck.

Da standen vor nun und konnten uns nicht sattsehen. Prächtige, parkähnliche Höfe, umschlossen von architektonisch reich gegliederten Innenhöfen, künstlerisch ausgestatteten Laubengängen, idyllischen Rasenflächen, ein Bild, himmelsweit verschieden von dem, das die tristen, langweiligen Miets- lohnernisse der großen Städte bieten.

Nur standen nämlich im „Fuchsenfeldhof“, diesem schön- sten unter den vielen schönen Wohnhausbauten, die die sozial- demokratische Gemeindeverwaltung Wiens aus den Erträgnissen der Wohnkaufsteuer zur Widmung der Wohnhausnot gebaut hat.

Inmitten von hohen, grauen Mietskasernen und alten, kleinen, verdorrten Vorstadthäusern steht der stolze Bau. Ein ragendes, kräftiges Zeugnis sozialistischer Gemein- schaft. Kein nüchternes, kaltes Dutzendhaus, das in seiner trostlosen Eintönigkeit abstrift.

Vierhundertundachtzig Wohnungen enthält der „Fuchsen- feldhof“. Rauter Ein- und Zweizimmerwohnungen, alle nett und heimelig. Keine ohne Sonne. Die Küchen sämtlich zu Wohnküchen ausgebaut. Sie sind 16 bis 20 qm groß, beim Fenster gibt es eine Eignische, wo mittags und abends die Familie essen kann und nachmittags die Mutter ihren Arbeitstisch hat. Die Kinder ihre Schulaufgaben machen können. Als Hochstuhl dient ein Gasherd mit Wasser-, Koch- wärmeventilator, Abfrierkasten und Kälteerwärmer. Dadurch entfällt die lästige Plage mit Koch- und Wasserdampf. Darüber der von der Küche aus zugänglicher Herd, ein kleiner, abgeglichener Raum, kann das Gemüse und Fleisch gewaschen, das Geschir in dem ein- der mehrteiligen Ab- wasserschlag mit direktem Wasserlauf gereinigt werden.

Dann sehen wir etwas, was die Genossinnen über das ganze Gesicht lachen machte: die zentrale Waschküche. Dort können die Hausfrauen ihre Wäsche waschen, wringen und trodnen. Die Wäscheleiste besitzt nämlich sämt- liche Einrichtungen einer modernen Dampfwascherei. Der Hausfrau wird warmes Wasser zum Waschen und Auskochen der Wäsche beigeleitet. Waschmaschinen und Zentrifugen stehen hier zur Verfügung. Zum Trocknen der Wäsche sind mit Dampf betriebene Trockenapparate vorhanden. Zum Waschen der Wäsche gibt es neben den Einpreisvorrichtungen elektrisch angetriebene Waschmaschinen. Bei jedem der 20 Wasch- stände steht ein mit Dampf betriebener Wascheimer. Die Wasch- stände haben direkten Zutritt von kaltem und heißem Wasser. Je ein Waschmaschinen- und Schüddermaschinen, die elektrisch betrieben werden, merken darauf, von den Frauen benutzt zu werden. Das Waschen geht so fort, daß in 4 Stunden die Wäsche von 4 Personen und von 4 Waschen braucht und getrocknet ist und man sie nur noch zu plätten braucht. „20 m³ stellten wir euch h² n, dann wäre das Waschen ein Vergnügen,“ meinen angehängt solcher, ein Frauenherz

höherlichlagemachenden Herrlichkeiten die Probingsgenossinnen, die den „Fuchsenfeldhof“ besichtigen. Der Genosse, der uns führte, sagte: „Da müßt ihr halt auch tradnen, daß ihr bald sozialdemokratische Gemeindeverwaltungen tragt!“

Neben der Waschküche, Kibstant und einsehend, das Bad für die Hausbewohner. Wannen- und Brausebäder, denen der große Waschküchendampflieferer das Wasser liefert.

Der Fuchsenfeldhof hat drei große Höfe. Zwei sind je 1500, einer 1200 qm groß. Überall schön gepflegte Wege, Bäume, Sträucher, Sitzplätze. Inmitten einem der Höfe ein großes Wasserbecken, dort baden und plantschen im Sommer die Kinder, im Winter dient es als Eislaufplatz. Die Fuchsenfeldhofbesitzer sind nicht mehr den Gefahren der Straße ausgesetzt. Ihr Hof mit den Spielplätzen bietet so viel Schönes, daß sie leicht und gern auf die Straße als Spielplatz verzichten. Und wenn das Weiter den Augenfall im Freien nicht gestattet, steht ihnen als Tagesaufenthalts- raum ein prächtiger Spielplatz und eine Kinderbibliothek zur Verfügung, wo man nicht nur lesen, sondern auch seine Hausaufgaben machen kann.

Sehr lehrreich ist die Anschlagtafel bei einem der Tore zu lesen. Man erfährt dort nämlich, daß das Haus eine „Hausgemeinschaft“ der Hausbewohner besitzt. Die „Haus- gemeinschaft“ schließt die Bewohner zu einer großen Familie zusammen, arrangiert in dem schönen Saale, in dem sich bei Tage die Kinder aufhalten können, und der 350 Sitzplätze enthält, künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen. Aus der Anschlagtafel erlah man, daß am letzten Sonntag vormittag unter Mitwirkung erster Künstler eine Sonntagssfeier der „Hausgemeinschaft“ stattfand und am Abend Verdis „Eine Nacht in Venedig“ — Darsteller erster Wiener Opernkönige — über die Bühne des Hauskaales ging. Der Reinertrag der Vorstellung war für das Kinderheim des Fuchsenfeldhofes bestimmt, der, nebenbei bemerkt, auch eine eigene sozialdemokratische Jugendorganisationsgruppe besitzt.

Wie groß der Fuchsenfeldhof ist? Ein paar Ziffern und Bilder sollen darauf antworten: Bei dem Haus, das 24 Stiegenanlagen hat, wurden insgesamt 5 400 000 Ziegel vermauert. Diese Ziegelmenge ergäbe eine Säule von 1 qm Durchmesser und 24 000 000 m Höhe, das ist also sechsmal so hoch als die Zugspitze, der höchste Berg Deutschlands. Ausge- räumt wurden zum Bau gebraucht 800 000 kg gebrannter Kalk, 2 800 000 kg Zement, 300 000 kg Eisen und 20 300 cbm Sand und Schotter. Würde man diese 4 Wollfülle in Eisen- bahnmägen laden, so würde der Zug 30 km lang sein.

Hier Dachstuhl, Fenster, Türen und Fußböden brauchte man 2180 cbm Holz. Für die Gewinnung dieses Holzes wäre der Schlag eines kleinen Waldes von 44 000 qm not- wendig. Rechnete man aber das zur Gerüstung, Schalung der Eisenbetondecken verwendete Holz dazu, so müßte der Wald über 80 000 qm groß sein.

Genügen diese Bilder?

Aber nun kommt die Hauptfrage: Der Fuchsenfeldhof be- kommt einen Bruder. Gegenüber dem Fuchsenfeldhof geht nämlich ein Bau der Vollendung entgegen, der sich „An Fuchsenfeld“ nennt und der noch größer ist, als der Fuchsen- feldhof selbst. Entfällt er doch über 600 Wohnungen. Dieses prächtige Neuenhaus — oder soll man es eine kleine Stadt nennen? — ist eines der größten Bauten, der von der roten Gemeinde Wien jemals aufgeführt wurde. Dabei kostet der Bau aber auch „bloß“ 150 Millionen Kronen . . .

Abtundbrügge Stiegenanlagen werden aus den gärt- nerlich, ausgefallenen Höfen zu den Wohnungen führen. Außer den 600 Wohnungen werden mehrere Geschäftskafale, Metzerei, Werkstätten und eine Apotheke eingerichtet. Eine große zentrale Metzerei und die Badeanlagen werden selbst- verständlich auch nicht fehlen. Für die Kinder ist auch hier ge- ordnet durch 2 Kinderaufenthaltsräume, einen kindlichen Kindergarten, der 4 Beschäftigungszimmer, 2 Spielplätze, einen Spielplatz für die Schulprüfung, einen Kinderpielplatz mit Sand, Kästen, Blumengärten, Plantagebeeten und ein Kinder- bad haben wird.

Das Haus bekommt auch eine große Metzerei mit einem Zehnjahr, der auch als Versammlungsort für die Haus- bewohner dienen soll. Ferner ist die Einrichtung einer Mutterberatungsstelle geplant. Der Neubau wird mit dem Fuchsenfeldhof ein einheitliches Ganzes bilden. So wird eine kleine, etwa 6000 Einwohner zählende Volkstadt ent- stehen, in wohnlichem Gegensatz zu den umliegenden Spekulationsbauten als ein dauerndes Zeichen der segens- reichen Tätigkeit der roten Stadtverwaltung.

So gewaltig die beiden Bauten sind, sie sind nur ein kleiner Teil dessen, was das sozialistisch bewaltete Wien in den letzten Jahren zur Befestigung der Wohnhausnot getan hat. Waren doch bis zum Jahre 1926 insgesamt 25 000 Wohnungen durch die Gemeinde Wien fertiggestellt. Darunter der Neuenhaushof, der seinen Namen nach dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens hat, und in 8 Etagehöhen 1200 Wohnungen enthält, ein bei aller Wucht und trotz seiner gigantischen Ausmaße ruhig und harmonisch wirkender Bau, der vor kurzem seiner Voll- endung entgegengeht.

So arbeitet das rote Wien am Wiederkauf, um aus eigener Kraft die Wunden des Krieges und der Nach- kriegszeit zu heilen. Wäre angehängt des Wiener Volks- bewußtsein die Nachzettelungen, die „Deutsche Bauzeitung“, im Hinblick an eine Sühntugend der Wiener kommunalen Wohnbautätigkeit den deutschen Städten zur: „Lassen wir, daß sich auf diese Weise recht viele deutsche Städte durch Wien anregen lassen. Es das deutsche Reich vor- läufig nicht genug für den Wohnungsbau ist, so sorgt selbst für auch, ihr deutschen Städte, wo Wien!“

Tüfter: Gesperrt ist für Dienstler Martrankstätt bei Reitzig (Firma Rath), Müllner (Josef Brind und Gustav Radtke (Radt)), Derschelien und Zettin (Firma Landt), für Scheibenhöfer ist die Firma Engelmann in Grinitz gesperrt, auch nach Cöwig i. Anh. ist der Zugang noch fernhalten.

Lohnverhandlungen für den Tiefbau. Am 11. und 12. Oktober fanden in Berlin Verhandlungen zwischen den Bauarbeitergewerkschaften und den Unternehmerverbänden des Baugewerbes statt, um die Löhne der Tiefbauarbeiter in den Bezirken Baden, Brandenburger, Groß-Berlin und Kassel zu regeln. Die bekannte Engpassigkeit der deutschen Unternehmer in Arbeiterfragen offenbarte sich auch hier wieder, so daß wegen dieser sehr einfachen Angelegenheit 2 Tage lang gestritten werden mußte. Das Ergebnis war, daß für Groß-Berlin und Kassel nachstehende Vereinbarungen zustande kamen:

Groß-Berlin. Zwischen den unterzeichneten Organisationen wurde, ohne daß sie ihren Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Auslegung der Riffer 1, Satz 2, der Vereinbarung vom 26. November 1925 aufgeben, nachstehendes vereinbart:

1. Es gelten für das Vertragsgebiet Groß-Berlin nachstehende Löhne im Tiefbauergewerbe: a) Tiefbauarbeiter 74 S., b) Korarbeiter 1 M., c) Einsteifer und Mörtelzer 117 M., d) Blagarbeiter 72 S., e) Marmararbeiter 96 S.
2. Diese Vereinbarung unterliegt den Bestimmungen des zentralen Abkommens vom 13. Februar 1926 in allen seinen Teilen.
3. Nach Abschluß dieser Vereinbarung nehmen die unterzeichneten Organisationen wieder sämtlich an den bestehenden tariflichen Schlichtungseinrichtungen teil.
4. Nachstehende Vereinbarung tritt vorbehaltlich der bis zum 21. Oktober 1926 abzugebenden Zustimmungserklärung der beteiligten Organisationen mit Beginn der Lohnwoche, in die der 21. Oktober 1926 fällt, in Kraft.
5. Mit dieser Vereinbarung sind die Löhne aller bisher noch strittigen Arbeiterkategorien im Tiefbauergewerbe Groß-Berlins geregelt.

Protokoll-Notiz. Die Parteien der am 12. Oktober 1926 für das Vertragsgebiet Groß-Berlin abgeschlossenen Vereinbarung sind sich darüber einig, daß zur Zeit gezahlte höhere Löhne als die oben angeführten durch die vorstehende Vereinbarung nicht berührt werden.

Kassel. Zwischen den unterzeichneten Organisationen wurde, ohne daß sie ihren Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Auslegung der Riffer 1, Satz 2, der Vereinbarung vom 26. November 1925 aufgeben, nachstehendes vereinbart: für das Vertragsgebiet Kassel, Wohngruppe 1, beträgt der Lohn des Tiefbauarbeiters 85 S.

Diese Vereinbarung unterliegt den Bestimmungen des zentralen Abkommens vom 13. Februar 1926 in allen seinen Teilen.

Nach Abschluß dieser Vereinbarung nehmen die unterzeichneten Organisationen wieder sämtlich an den bestehenden tariflichen Schlichtungseinrichtungen teil.

Protokoll-Notiz. Die Parteien der am 12. Oktober 1926 für das Vertragsgebiet Kassel abgeschlossenen Vereinbarung sind sich darüber einig, daß zur Zeit gezahlte höhere Löhne, als die oben angeführten, durch die vorstehende Vereinbarung nicht berührt werden.

Für die Bezirke Brandenburg und Baden konnte keine Vereinbarung über die zu zahlenden Löhne erreicht werden. Es bleibt also dort bei dem bisherigen Zustand.

Hörsbühnen. Am 14. Oktober fand hier eine Verhandlung statt wegen des Tariflohnes mit der Firma Monierbau L. G., Essen, Wauville Besse Meynhausen. Unsere Vertreter verlangten die Nachzahlung des zu wenig erhaltenen Lohnes und fortan Zahlung nach Tarif. Darauf erklärte die Firma, sie wolle jetzt einen Stundenlohn von 95 S. zahlen. Unsere Vertreter konnten auf diesen Vorschlag nicht eingehen, da einzelne Arbeiter in einigen Tagen wegen Arbeitsmangels vor der Entlassung standen. Sie machten den Vermittlungsvorschlag, die Firma solle eine einmalige Nachzahlung von insgesamt 600 M. leisten und noch nächsten Tage an den Tariflohn zahlen. Nach längerer Beratung erklärte die Firma dann bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Die Firma erklärte noch, die Nachzahlung nur an organisierte Arbeiter zu leisten. Von uns konnten 8 bis 9 Stellen für die Nachzahlung in Frage. Nebenfalls zeigt dieser Bericht den Vorfall der Organisation.

Stralsund. Die Firma G. Liebig hat sich bei der Lohnzahlung wiederholt als zahlungsunfähig erwiesen. Wir warnen daher alle Bundesmitglieder, der Firma allen großes Vertrauen entgegenzubringen!

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. (Das Gutachten eines „Baujahrverordnenden“.) Die Unternehmer im Baugewerbe sind seit Jahren dabei, die Affordarbeit zur Durchführung zu bringen. Verhandlungen zwischen den zuständigen Organisationsstellen sind bisher gescheitert, da die Unternehmerverbände bei Arbeiten, die nach ihrer Ansicht im Afford ausgeführt werden sollen, völlig freie Hand haben wollen. In einer tariflichen Regelung bestimmter Arbeiten ist ihnen nichts gelegen. Die das ganze Jahr hindurch bestehenden Arbeitslosigkeit kommt ihnen gerade recht, um den müde gewordenen Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen. Die Bauarbeiterorganisationen haben daraufhin im Laufe dieses Jahres einige solcher Affordarbeiten mit Erfolg bestritten. Da solche Kampfsmaßnahmen den Unternehmern sehr unangenehm sind, beschuldigen sie, durch Anrufung der Gerichte den Arbeitern das Streikrecht zu entziehen. Dies ist ihnen allerdings nie heute nicht gelungen. Ihre Ansuchen wurde selbst durch das Oberlandesgericht zurückgewiesen. Diefem hatten sie eine große Anzahl von „Zachvermännigen Oudsteden“ unterbreitet, um die „Ausschüttung“ der Affordarbeit zu „beweisen“. Ein solches Gutachten, abgegeben von Herrn Architekt J. M. Woblig, lassen wir hier folgen, um der Arbeiterjugend im allgemeinen zu zeigen, über welche „herberzogenen“ Führer die Bauwirtschaft zur Zeit verfügt. Herr Architekt Woblig schreibt: „Ihre Anfrage, ob ich bei

meinen Bauten Mauer- und Zimmerarbeiten in Afford herstellen lasse und ob ich mit diesen Arbeiten zufrieden bin, beantwortete ich wie folgt: In Uebereinstimmung mit einer großen Zahl von Baumeistern und Bauunternehmern (sicher nicht die Minderzahligen) halte ich die Affordarbeit für einen Durchbruch mancher Bauten für unmöglich nötig. Gerade die Qualität der Leistung zu erhöhen, so sonderbar dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Nur durch die Affordarbeit wird der Gehalt im einzelnen Arbeiter wachsender, der in der Bauwirtschaft der Stundenarbeit bei vielen Elementen leider eingeschlagen ist. — Ich habe erst kürzlich mehrere Bauten in Afford durchgeführt und gerade an diesen Bauten nicht den mindesten Anlaß zum Tadel gefunden. Auch ist die schnelle und exakte Arbeit für alle Beteiligten nur von Vorteil gewesen. Wenn ein Bau rascher hochgebracht wird, ist er ja schon den Zugriffen der Witterung viel weniger ausgesetzt, als ein langsam durchgeführter, denn auch andere Nachteile drücken (ungleichmäßiges Sehen). Wenn wir hinsichtlich der Bauarbeit der Amerikaner nur einigermaßen nachkommen wollen, die ein vierzehnständiges Gebäude in einem Werteljahr errichten, so wird dies nicht anders möglich

Zeit mit den Blättern

die noch immer schamlos die Republik und die Republikaner zu bedauern. Das traugigste Kapitel bilden jene Kreisblätter, die vom Geld und von den Aufträgen der republikanischen Regierungen leben und trotzdem nicht ihren Kampf gegen die Republik einstellen.

Es gibt nur ein Mittel:

Leit eine sozialdemokratische Zeitung!

Nur sie unterstützt auch unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen!

sein, als durch die Affordarbeit. — Hier beachtetig also ein Mann Tausende von Bauarbeitern der Kaufzeit. Sie sind nach seiner Ansicht Elemente, die infolge der Stundenarbeit leider einfließen. Wie ist ein solches Gutachten eines „Baujahrverordnenden“ nur möglich? Der Herr weiß nicht einmal, daß gerade in Amerika im Baugewerbe mit dem technisch vollkommenen Maschinen gearbeitet wird und gerade dieses Moment der ausschlaggebende Faktor ist! Es gab ja auch „Sachverständige“ während des Krieges in Deutschland, die der Arbeiterjugend „nachweisen“, die Rechte habe den größten Nährwert, schließlich lasse sich auch aus Baumrinde sehr schmackhafte Kaffee herstellen. Unter diese „Sachverständigen“ können wir nunmehr auch Herrn Woblig einreihen. Die Bauarbeiterpflicht möge aber aus solchen Vorgehensweisen, wie ihre Arbeit von solchen Herren eingeschätzt wird.

Bezirksverband Nürnberg. (Johann Merkel 26 Jahre Angestellter der Organisation.) Am 1. November sind 25 Jahre verfloßen, seit Kollege Johann Merkel im Bezirk Nürnberg als Bezirksleiter seines Amtes waltet. Vor Uebernahme dieses verantwortungsvollen Postens war er Vorsitzender des Nürnberger Vereins, vor allem hatte er sich auch der Propagierung des Bauarbeiterbundes gewidmet. So war er zum 1894 bis 1909 Vorsitzender der Bauarbeiterbündnis-Kommission für Bayern und der lokalen Kommission für Nürnberg. Anlässlich seines Anstellensrücktritts wünschten wir dem Kollegen Merkel von Seiten der Organisation Glück und noch lange mit dem an ihm genutzten Fleiß seines Amtes waltens!

Bezirksverband Frankfurt am Main. (Wilhelm Hempel 1. Kampel.) Am 13. Oktober ist Wilhelm Hempel nach vorausgegangener längerer Krankheit gestorben. Mit ihm ist ein alter, erprobter Kämpfer dahingegangen, der seit Jahrzehnten regen Anteil genommen hat an der Agitation unter den Bauarbeitern und der Entwicklung ihrer Organisation. Von Beruf Steinträger, wurde er im Jahre 1897 Vorsitzender der Bezirksstelle Hamburg des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter; er blieb ihr beständiger Geschäftsführer bis zum Jahre 1905. Das Amt erforderte einen ganzen Mann, um die Dinge zu meistern. Denn es galt nicht nur den in den neunziger Jahren hier und da aufstauenden Unwillen über die Organisationsform zu beseitigen, sondern auch die Innungsgerneheit von ihrem Pflichten zu befreien, die mit den Bauhilfsarbeitern weder behandelbar, noch Verträge schließen, sondern einfach bitten wollten. Wilhelm Hempels tapferer Tätigkeit ist es mit zu verdanken, wenn die Organisation auf diesen Gebieten bald gute Erfolge zu verzeichnen hatte. Und als er im Jahre 1905 von Hamburg nach Düsseldorf bezog, um dort als Gauleiter des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter tätig zu sein, konnte er die Ueberzeugung mit sich nehmen, daß in seinem bisherigen Wirkungskreis die Organisation gefestigt war und sich selbst verständig hatte. Im Rheinland und später im Frankfurter Gebiet, wozu er in Jahre 1908 überließelte, fand Wilhelm Hempel ein weit ausgebreitetes Feld für seine Tätigkeit. Für die Organisation meist recht jugendlich, aber schwer zu beherrschender Boden, stellte die Jugend den Agitator und Organisator eine große Aufgabe, nebenbei erforderte die Tätigkeit körperliche Kraft und Ausdauer. Wilhelm Hempel hat gehalten, was man sich von ihm versprochen hatte. Seine Ehrlichkeit und Geradheit hat auch den Bauarbeitern in den dunkelsten Ecken jener Landesteile imponiert und sie der Organisation zugeführt. Wandler dieser Art, wozu man sich zum Pauerträger der Organisation geworden. — Seit der Gründung des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Baugewerksbundes war Wilhelm Hempel Sekretär des Bezirksverbandes Frankfurt. Er hat auch in diesem Amt seine Pflicht getan, bis ihm eine tödliche Krankheit daniederwarf. Nun hat ihn der Tod dahingerafft. Im

Alter von 62 Jahren ist Hempel von uns geschieden. Wir können ihm nicht mehr danken für seine Tätigkeit. Aber wir ehren ihn, indem wir seiner über den Tod hinaus dankbar gedenken.

Bezirksverband Hamburg. In unserem zweigleisigen Arbeitsgebiet, in Kiel, glaubt der Unternehmerverband die Zeit gekommen, unserer Organisation dauernd Schwierigkeiten zu bereiten. Fragen aus dem Arbeitsverhältnis, die seit Jahrzehnten unentfesselt sind, werden dazu benutzt, Rehrdruck auszuüben. Die traurigen, wirtschaftlichen Verhältnisse in Kiel als früherer Garnisonsort erleichtern den Unternehmern ihre Vorgehen, wobei heimliche Rechtskerei und Schikane eine besorgliche Rolle spielen. In der Frage der Ausschlagungsarbeiten, welche im ganzen Baugewerbe der Grundlag gibt, hat für diese Art von der Bauhilfsarbeiterlohn gepakt wird, nehmen allein die meisten Unternehmer einen gegenläufigen Standpunkt ein, sie „stellen fest“, Ausschlagungsarbeit sei Tarifarbeit, trotzdem zahlen sie auch nur den Tariflohn. Alle Bemühungen der Organisationsstellen, die Unternehmer auf einen andern Standpunkt zu bringen, sind gescheitert. Das Tarifamt soll nun endlich nach Monaten die Frage entscheiden. Eine weitere Differenz ist hinzugekommen: Wo man die Unterfertigung einer größeren Betonplatte mit Eisenblech armiert, soll ebenfalls der Tariflohnunterstützung gelten. Bei der Beprüfung dieser Angelegenheit in der Schlichtungskommission stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, die Einbringung eines 3 mm starken Stahlblechs in eine Betonplatte von 20 bis 30 cm Stärke sei kein armerer Beton und unarmerer Beton könne nur mit Tariflohnunterstützung entschädigt werden. Auch in dieser Frage wird das Tarifamt angeregt werden müssen. Es scheint, als ob die Unternehmer hochstapeln, durch jedes Schikane die Kollegen zur Reue zwingen zu werden, und dies zum Anlaß zu nehmen, sich des Streikrechts zu entbehren. — Man kommt angeht dieser Dinge zu der Auffassung, daß die Kämpfe der letzten Jahre noch nicht ausgereicht haben, um die Unternehmer von solcher Schikane und Rechtskerei abzurufen. Wenn die eigene Gerichtsbarkeit aus dem Tarifrecht dazu dienen soll, nur immer wieder erneut feststellen zu müssen, es lasse sich irgendeine Verfindigung durch diese Schikane erzielen, dann müssen unsere Mitglieder zu der Auffassung kommen, daß nicht guter Wille und Rechtskenntnis das Arbeitsverhältnis beherrschen, sondern nur die brutale Gewalt. Für unsere Kollegen in diesem Arbeitsgebiet möge es eine Warnung sein, sich nicht als bisher der Organisationsarbeit zu widmen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Daß das Verhalten der Kieler Unternehmer lediglich auf Schikane beruht, beweist auch eine andere Angelegenheit. Seit einigen Wochen stehen die Dachdecker im Streik auf den Tariflohn. Der Tariflohn der Dachdecker laut auf den Mauerlohn, plus 8% Zulage auf. — Rechtlich gesehen, nehmen die Bauarbeiter erklären nun, in dem Mauerlohn (besten angeht) 2 1/2 Gehälter; unter Uebung dieser 2 1/2 sei der Grundlohn der Mauerer plus 8% maßgebend als Dachdeckerlohn. Dagegen alle übrigen Instanzen festgesetzt haben, im Mauerlohn sei ein Gehälter in diesem Sinne nicht enthalten, bleiben die Unternehmer stets bei ihrer Behauptung und treiben dadurch die Dachdecker in den Streik. Damit nicht genug, daß die Dachdecker einige Wochen im Streik liegen, werden die Mauererleistungen angehalten, Streikbrecherarbeit zu machen, indem sie den Transport der Dachziegel bewerkstelligen sollen. Streik und Organisationsleistung haben den Bestrengten verboten, solche Arbeit zu machen; die Firma W. A. d. i. e., jedenfalls gestützt vom Innungs- und Unternehmerverband, entläßt kurzerhand 6 Bestrengte wegen „Vertragsverletzung“. Die Organisation wird sich selbstverständlich dieser Sache energisch annehmen; es ist zu erwarten, daß in diesem Falle doch noch etwas Besseres bei den Unternehmern einfließen und die Entlassung auf ordnungsmäßigem Wege rückgängig gemacht wird. — Rechtlich gesehen, werden wir, daß sich der Innungsanspruch unter Hinterrücklassung des Gesellschafters bestmöglich mit der von den Bestrengten geforderten Streikarbeit befähigt hat. Es ist beschlossen worden, daß derartige, außerhalb des Berufes liegende Arbeiten den Bestrengten nicht zugunehmen werden können. Die Bestrengte sind wieder in ihr vertragliches Arbeitsverhältnis zurückgeführt worden, mußten aber, weil sie sich nicht ordnungsmäßig beim Innungsvorstand über die ihnen zu Unrecht zugunehmen Arbeit beschwert hatten, diese Unterlassung mit einer „Ordnungsstrafe“ in Höhe eines Tagelohnes „büßen“. Es geht doch nicht über die formale Gerechtigkeit der Herren Innungsmeister!

Aus den Fachgruppen

Glaser.

Zur Bestrengtenfrage im Glasergewerbe. Die in Nr. 41 des „Grundstein“ angegebenen Zahlen über die Bestrengten im Glasergewerbe stammen aus dem zeitigen Frühjahr, sie treffen heute nicht mehr zu. Vor allem ist seitdem die Beschäftigung von Glaserschiffen geringer, die Zahl der Bestrengten bedeutend größer geworden. In kleineren Städten findet man höchstens einen Gesellen, dafür aber 9 bis 12 Bestrengte. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Zahl der Glaserschiffen in Deutschland in Nr. 41 mit 1189 angegeben, heute auf das dreifache dieser Zahl schätzt. Bei der Ermittlung im Frühjahr wurden nur 142 Städte erschlossen. An den Orten ohne Glaserschiffen sind die Bestrengten nicht erfährt und gerade in den kleinen und kleinsten Orten ist die Zahl der Bestrengten am größten. Auch in den Großstädten sind im April und Oktober sehr viel Bestrengte eingeschlossen worden. Bestrengte, die früher 2 bis 3 Gesellen beschäftigten, haben heute keine Gesellen, dafür aber 2 bis 3 Bestrengte. Mit 1500 Bestrengten muß heute in Deutschland gerechnet werden. — Was wird aus diesen Jungen? Ein Einzel kann überbaupt nicht aus, da die Eltern oder die Jungen leben, daß ein weiteres „Verbum“ getroffen ist, weil sie einfach nicht lernen können. Zwei Drittel mögen die Lehren zuarbeiten, aber davon bleibt höchstens die Hälfte im Beruf, da jetzt bei günstiger Konjunktur für sie keine Arbeit vorhanden ist, zumal sie nur einseitig ausgebildet sind. Der übrige Teil verbleibt das Meer der Arbeitslosigkeit. — Heute schon mühen sich die Innenehrer auf die

hohe Zahl der Arbeitslosen und versuchen die Löhne zu brechen oder sich von den Tarifverträgen zu befreien. Tarifverträge waren ja von jeder den Unternehmern ein Dorn im Auge. Einzelne Innungen lehnen die Wiedereinführung von Tarifverträgen grundsätzlich ab, mit der Begründung: „Wir bestimmen, wie die Regeln Löhne und Arbeitsbedingungen.“ Die Unternehmer gehen auch schon dazu über, Kontraktverträge einzuführen. „Am das Handwerk zu heben“, sagen sie. So hat Berlin schon auf dem Verhandlungs der Glaser-Innungen Deutschlands im Juni dieses Jahres den Antrag gestellt, nur lokale Gesellen zu beschäftigen, die den Nachweis einer gerechtfertigten Lehre erbringen. Der Antrag ist angenommen. Berlin geht aber noch weiter. Auf dem Arbeitsnachweis soll nur eingetragen werden, wer das Kontrollbuch der Innung vorlegen kann. Was soll der Zweck dieser Regelung sein? Die Unternehmer sagen: „Weil die Konkurrenz so groß ist, müssen wir vermeiden, daß Ungelehrte in die Glaserie einbringen.“ So lange aber die Ungelehrten als billige Arbeitskräfte in Frage kommen, werden sie doch beschäftigt. Sind doch sehr oft in jeder Spiegelkolonne, auch bei Dacharbeiten, bei 8 Glasergehilfen 2 bis 3 Hilfsarbeiter mit Glaserarbeiten beschäftigt. Durch jahrelange Arbeit im Beruf haben sich diese Hilfsarbeiter Fachkenntnisse angeeignet. Sollen sie dann als „Ungelehrte“ dem städtischen Nachweis überweisen werden? Auch für die älteren Kollegen ist ein solches Kontrollbuch unangebracht. Mancher Meister war unter dem oder jenem älteren Gesellen Lehrling. Sollen diese Leute heute den Nachweis erbringen, daß sie Glaser gelernt haben? Es gibt sehr viele Glasergehilfen, die in kleinen Orten, wo keine Innung bestand, gelernt haben. Wer soll dann den Nachweis ausstellen? Auf guten Glauben müßte dann zum Beispiel die Berliner Innung mindestens 200 solcher Ausweise ausstellen. Der Nachweis der Lehre soll eben weiter nicht sein als ein Kontrollbuch für die Unternehmer. Sie wollen durch das Buch feststellen, wie lange der einzelne bei dem oder jenem Unternehmer gearbeitet hat. Vielleicht kommt auch noch ein Vermerk über die Führung hinein, ungefähr so: „W. wurde entlassen, weil er dem Meisterhänden die Wohnung verlor und ihn mit „du“ anredete, oder weil er den Zuschlag für Leberstunden gefordert hat.“ — Von dem Berliner Antragsteller nehmen wir nicht an, daß er an so etwas gedacht hat. Er möchte, daß kein Ungelehrter selbständig wird. Er wird die Entlohnung nicht ausstellen können. Das Kapital wird sich auch bei Glaserhandwerksbetrieben nicht so hoch heute schon konzentrieren in der Bauglaserie. Die einzelnen Betriebe zusammenschließen, die Inhaber fast ausschließlich Betriebe, mit Direktoren an der Spitze, unter kaufmännischer Leitung, nur zur Führung der Geschäftstätigkeit sind die alten Firmenamen beizubehalten. Setzt die Kaufmännigkeit erst richtig ein, dann werden sich noch mehr solcher Kongerne bilden, schließlich zu Trusts im Glaserhandwerk führen. Schon heute fällt ein großer Teil der Glasermeister der Wohlfahrtspflege zur Last, in einigen Jahren gehen sie mit Stempeln und dann werden den Herren ihre eigenen Verdienste um die Ohren geschlagen werden. Das Gesetz sieht Arbeitsbücher nur bis zum 21. Lebensjahr vor. Die Glasermeister wollen das Gesetz übertrumpfen. Fort mit den Kontrollbüchern!

Werkverband Dresden. (Arbeit, Werk für unsen Bund!) Die vom Kollegen Weipnik abgehaltenen Versammlungen waren ziemlich lebhaft besucht. So kann und darf es nicht weitergehen! Der Versammlungsbuch muß besser werden! Bedenkt: ein Verzeichnis, das eine ganz andere Bedeutung und ist die wichtigste, als ein Verzeichnis, das nur wenigen Kollegen bekannt wird. Deshalb: Verzeichnis der Fachgruppen sowie auch die Baugewerkschaftsvereinigungen vollständig. Auch unsere Fachgruppenleitungen haben in den Baugewerkschaften viel mehr Einfluß, wenn die Kollegenschaft hinter ihnen steht. Auf den Arbeitsplätzen fehlt heute vielfach das kollektive Zusammenarbeiten. Auch da muß die Pflege der Organisation betrieben werden! Früher war es fast unmöglich, daß ein unorganisierter Glaser in einem Betrieb arbeiten konnte. Heute wird oft nicht einmal nach der Organisationszugehörigkeit gefragt! Auch das muß anders werden! Schließt Euch in unsere Fachgruppen im Baugewerkschaftsbund fester zusammen, dann wird trotz aller Wirtschaftskrisis das Unternehmensrecht nicht in der Lage sein, eure Arbeit und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Auch der Lehrlingsfrage muß in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden. Die Zahl der Lehrlinge übersteigt in vielen Orten die Zahl der Glasergehilfen. Das ist ein unheilbarer Zustand! Unsere Kollegen müssen bestrebt sein, durch Klärung über unsere Berufsfrage auch der Lehrlingskategorie Einhalt zu gebieten. Arbeitet für unsern Bund, für unsere gewerkschaftlichen Ideale, dann wird unsere Mitgliederzahl wieder steigen und wir werden dort, wo wir wollen!

K. L.
Frankfurt a. d. Ober. In der Glaser-Versammlung am 9. Oktober hielt Kollege P u f f e r ein lehrreiches Vortrag über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Da 14 Glaser dem Baugewerksbund angehören, beschloß die Versammlung, eine Fachgruppe zu errichten; Kollege K i n s e wurde als Obmann gewählt. Der Stundenlohn der Glasergehilfen soll neu geregelt werden, wobei Kollege F e l d n e r von der Baugewerkschaft mitwirken soll. Im Geschäftsbereich ermehrte P u f f e r zu neuem Zusammenhalt und fester Mitgliederzahl; nur dadurch seien Erfolge zu erwarten.

Zollner.
 Die Tarifverträge sind bis zu dem Zeitpunkt, wo die Nummer des „Grundstein“ in die Hände der Kollegen kommt, an alle Baugewerkschaften mit Hölzerfachgruppen verteilt. Jedes Mitglied der Fachgruppe hat Anspruch auf ein Exemplar des Vertrages. Die Bezirke oder Fachgruppen müssen sich nun mit den bezirksweisen Unternehmern der Verhältnisse des Verhältnisses verständigen über die bezirksweisen Bestimmungen zum Mindesttarifvertrag. Für den Mindesttarifvertrag wird sofort die Allgemeine Geschäftsbedingungen angesetzt; das nötige muß für die bezirksweisen Zustände festgelegt werden, sobald die Vereinbarung zustande gekommen ist.

Gamburg. In der am 19. Oktober abgehaltenen Versammlung wurde der sich in letzter Zeit bemerkbar machende Zuzug auswärtiger Hölzerer zur Sprache gebracht. Durch ihn wird lebhaft die Tarifverträge ver-

größert, da die Arbeitslosigkeit ihn nicht erforderlich macht. Besonders herausfordernd tritt die Firma H e b e r s, G e r m a n n & P r a s e auf, die den bei ihr beschäftigt gewordenen Kollegen die Zahlung des Tagelohns bewweigerte, und dann, nachdem die Kollegen ausgeschickten waren, nach Frankfurt schrieb und von dort Hölzerer nach Hamburg kommen ließ. Diese traten dann bei der Firma in Arbeit, ohne den Arbeitsnachweis passiert zu haben. Die auswärtigen Kollegen im Hölzerhandwerk werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß in Gamburg kein Bedarf an Hölzerern besteht. Zuziehende Kollegen sind verpflichtet, sich bei unserer Baugewerkschaft zu melden. Die Arbeitsstellen werden nur durch den Arbeitsnachweis des Baugewerksverbandes vermittelt.

Sinkhafeure.
 Oberhessen. Hier stehen die Sinkhafeure in einer Tarifbewegung. Zuzug ist streng ferngehalten! Arbeitsangebots bei der Firma G e i n g e r in G l e i m w i l d müssen unter allen Umständen abgelehnt werden.

Töpfer und Fliesenleger.
 Bayerische Ofenermerkonferenz. Diese tagte am 10. Oktober in M ü n c h e n. Erschienen waren Vertreter aus Kauf, Kirchenreuth, Wahren, Wetzberg, Bamberg, Pappenheim und Gundersheim. Außerdem waren anwesend Kollege Bartisch, Bezirksleiter Mehl und Baugewerkschaftsvorsitzender Ziegler Kollege M e r t l erläuterte den Ablauf und die Vergangenheit unserer Bezirksrates. Dieser wurde am 24. Juli von den Unternehmern gekündigt mit dem Versprechen, ihn um 3 % zu kürzen und mehrere Positionen dem städtischen Bezirksrat „anzupassen“. Es handelte sich um eine enger Konvention in der Hinsicht, daß eine Forderung von 5 % Zuzug auf den bestehenden Tarif stellte. Die dann stattgefundenen Verhandlungen scheiterten. Seitdem waren wir tariflos. Kollege Bartisch hat sich nunmehr mit dem Vorsitzenden des Vereins Süddeutscher Kachelofenfabrikanten, Herrn B a n k l, in Verbindung gesetzt wegen eines neuen Tarifabschlusses. Kollege B a r t i s c h erwähnte die geäußerte Zustimmung der Kollegen gegenüber der Bezirksleitung. Die Vertreter der Fachgruppen äußerten sich dahin, seit Kollege Freitag in den Hölzerhandwerk getreten sei, würden unsere Angelegenheiten nicht in gebührender Weise erledigt. Kollege Bartisch erklärte, es sei heute Aufgabe der Konferenz, einen Kollegen zu finden, der bei rein sachmännlichen Angelegenheiten der Ofenermer in die Hand nimmt, um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Die Konferenz schloß sich dem an und wählte den Kollegen S u p p e r, Kauf, der nunmehr in Bayern die Kollegen sachmännlich im Nebenamt vertreten wird. Bei der Aussprache über den Tarif wurden allerlei Wünsche laut, jedoch wurde schließlich der Kommission Handlungsfreiheit gelassen. Ein Antrag aus W a h r e n t h, einen Kollegen von dort in die Tarifkommission zu beauftragen, wurde zurückgegeben. In die neue Kommission wurden gewählt: S u p p e r, Kauf, G e i n g e r, P a p p e n h e i m, und M e i t e r, Kirchenreuth. Kollege Bartisch erwähnte ferner noch die Gründung des Rheinischen Bundes; er erbat die Kollegen um eine Meinungäußerung. Mit einer Ausnahme erklärten die Kollegen für ein geschlossenes Verbleiben im Baugewerksbund. Die Kollegen hätten keine Ursache, dieser Organisation den Rücken zu kehren; sie habe ihnen gegenüber ihre Pflicht erfüllt.

Aus dem Bericht der Töpfererzweigsvereinskonferenz 1925. Da hierzu außer den Töpferbetrieben auch die Porzellan- und Steingutfabriken gehören, kann für Schmelzöfenbetriebe, Steingut- und Ofenfabriken ein besonderer Bericht nicht gegeben werden. Zu Beginn des Jahres umfaßte die Töpfererzweigsvereinskonferenz 1484 Betriebe, 81 Betriebe waren im Jahresverlauf abgegangen, 82 Zuzüge. Die Gesamtsumme der im Jahre 1925 von den Berufsgenossenschaft angeschlossenen Betrieben an die versicherten Personen gezahlten Löhne und Gehälter betrug 164 868 775 M gegenüber 107 108 318 M im Jahre 1924. Die Zahl der Unfälle hat stark zugenommen. Zur Unfallzahl gelangten 3325 Unfälle gegenüber 2081 im Vorjahre, einschließlich wurden 276 Unfälle gegenüber 185 im Vorjahre. Die Verrechnung der Unfälle dürfte in der Hauptzahl auf das beschleunigte Arbeitstempo zurückzuführen sein. Stellenweise — dies dürfte nur in Porzellanfabriken vorkommen — wird zum Zwecke des Rohdrucks die Arbeiterbeschäftigung mit der Steigung übermäßig. 10 Unfälle sind tödlich verlaufen, im Jahre 1924 waren es acht. Aus der Statistik der Berufsgenossenschaft angeschlossenen Betriebe wäre für unsere Kollegen zu erwähnen, daß im Jahre 1925 in 16 Steingutfabriken 2818, in 185 Schmelzöfenbetrieben 1405 Kachelarbeiter beschäftigt waren. Die Kachelofenindustrie ist mitgefallen bei den Porzellan- und Majolikafabriken, die mit insgesamt 300 Betrieben und 60 983 Kachelarbeitern bezeichnet sind. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Kollegen, soweit sie Betriebsräte oder Betriebsobmänner sind, bei amtlichen Betriebsbeschäftigungen Antragen, Wünschen und Beschwerden anbringen können. Dieses Recht muß, falls dafür Gründe vorliegen, ausgeübt werden.

„Töpferkunst“. Diese vom Kollegen Artur Schmit verfaßte Broschüre ist vergriffen. Falls noch genügend Aufträge herorkommen, soll das Büchlein neu aufgelegt werden. Es kostet 20 S, wird also weit unter dem Herstellungspreis abgegeben. Bestellungen müssen, um eine Lieferfrist zu gewinnen, so schnell wie möglich bei den Baugewerkschaftsvorständen ausgegeben werden. **Wiesfeld.** Die Fliesenleger stehen im Abwehrkampf. Der Unternehmerverband hatte zum 1. Oktober das bisher geltende Abkommen, wonach die Löhne der Fliesenleger mit den Löhnen im Baugewerbe steigen und fallen, gekündigt. Nachdem das zentrale Schlichtergericht den Lohnabstand durften die Fliesenleger mit Recht annehmen, daß die Unternehmer die Kündigung der Fliesenlöhne zurückziehen würden. Aber nein, ihr Verband erklärte, daß es ihm mit dem Abbau der Fliesenlöhne gegenüber bitter Ernst sei. Die Fliesenlöhne sind aber müssen in der Verhandlung schwelgen. Der Unternehmerverband will also Kampf unter allen Umständen. Den kann er haben. — Es dürfen keinerlei Fliesenarbeiten ausgeführt werden, auch nicht von Maurern.

Hamburg. Die Unternehmer des Flattengewerbes hatten den Tarif gekündigt und dabei verlangt, daß bei Fußbodenplatten eine Anzahl Positionen im Preis erniedrigt werden sollten. Demgegenüber die Fliesenleger bereit waren, den Unternehmern entgegenzukommen, legten diese alles ab und bekamen auf ihren Forderungen. Daraufhin wurde beschlossen, am 20. Oktober die Arbeit niederzulegen. Die Arbeitslosigkeit ist groß; die Unternehmer werden bald einsehen müssen, daß sie bei den Fliesenlegern auf Gattini stehen. Zuzug nach Hamburg ist ferngehalten!

Heidelberg. Am 9. Oktober fand hier eine Sektionsversammlung der Töpfer und Ofenermer statt. Zu der alle Kollegen und Kolleginnen erschienen waren. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache über das Verhalten der Firma Geininger zu unserm Tarif- und Arbeitsverhältnis. Klagen wurden geführt über die Mißstände innerhalb des Betriebes; es sollen „Neuerungen“ eingeführt werden, die den Kollegen zum Nachteil sind. Der Anfang damit ist bereits gemacht. Auch die Ofenermer hatten Beschwerden ihres Tarif- und Arbeitsverhältnisses wegen. Die auswärtigen Kollegen müssen also nicht glauben, die Verhältnisse in Heidelberg seien rosig. Sollen sich diese Zustände nicht ändern oder gar verschlimmern, so werden wir einen ausführlichen Bericht folgen lassen. Wir sind gut organisiert und werden mit Hilfe unserer Organisation Maßnahmen zu treffen wissen, um uns ein erträgliches Arbeitsverhältnis zu schaffen. Unsere Kollegen müssen sich deshalb rechtlich hinter die Organisation stellen und ihre Pflichten erfüllen.

München. Nach langwierigen Verhandlungen ist es endlich auch hier gelungen, den Tarif der Ofenermer bis zum 31. März 1927 wieder festzusetzen. Bekanntlich hatten die Unternehmer den Tarif gekündigt, um den Lohn zu bittieren; in der an ihnen bekannten „Beschleunigung“ planten sie einen Abzug von 20 % vom Stundenlohn und 30 % vom Akkordlohn. Außerdem sollten noch bei einer Anzahl weiterer Tarifpositionen besondere Abzüge festgesetzt werden. Alles das sollte geschehen, um das Handwerk zu ruinieren und nicht billiger als bisher arbeiten zu lassen, wurden sie am 20. März kurzgehandelt ausgehört und 60 Mitarbeiter mobilgemacht, die den Unternehmens Arbeitsunfähigkeit bezeugten und die vorhandene Arbeit fertigstellten. Die Geschäftigkeit der Unternehmer ging sogar so weit, von den Unternehmern im Flattengewerbe zu verlangen, auch dort unsere Kollegen auszujupfern. Die 60 Mitarbeiter brachten es fertig, daß der Stundenlohn für Ofenermer von 1,50 M auf 1,37 M herabgesetzt wurde; denn die große Arbeitslosigkeit behinderte unsere Kollegen an weiteren Aktionen. Neuerdings wurde nun über den gesamten Vertrag verhandelt; unter Ausgleich einer Anzahl Positionen wurden weitere Reduzierungen abgewehrt.

Stettin. Die Firma B a n d t weigert sich, den Ofenermer in allen ihren Teilen einzuhalten. Alle Bemühungen, durch die Organisation der Unternehmer die Firma zu zwingen, die tariflichen Vereinbarungen einzuhalten, sind gescheitert. Nunmehr ist zur Selbsthilfe geschritten und am 18. Oktober die Arbeit niedergelegt worden. Zuzug von Ofenermern bei dieser Firma ist streng ferngehalten!

Dresden. Wahrung vor Anzeigen! In der neuen Deutschen Töpferzeitung erscheinen des öfteren Anzeigen, worin unter irgend einer Chiffre Ofenermer geschickt werden. Es wird weder der Ort genannt, noch der Name des betreffenden Unternehmens. Wer so geheimnisvoll seinen Namen verheimlicht, verfolgt natürlich damit eine Absicht und die ist, sich nicht an die bestehenden Tarife zu halten. Wir warnen unsere Kollegen, sich durch solche Anzeigen verleiten zu lassen. Jedenfalls müssen sie sich vor etwaiger Arbeitsaufnahme — und dies ist in allen Fällen nötig — schriftlich bestätigen lassen, daß der zuständige Tariflohn geklärt ist, die Firmenamen geklärt werden und die arbeitsfähige Arbeitszeit festgelegt ist.

Züchtigen Ofenermer verlangt sofort Ofenermergeschäft Zommitz, Gammeln in Pommern, Marienstraße 184. Schriftlich gefordertes Geschäft sofort gefordert. Gestalt, Töpfermeister, Heide 1, Wolfen.

Allgemeine Rundschau
 Die Notwendigkeit des Inlandsmarktes. Es ist bekannt, daß die deutsche Kraftwagen- und Motorradindustrie davon krank ist, daß der deutsche Inlandsmarkt für diese Industrieerzeugnisse nicht aufnahmefähig ist. In Deutschland kommt heute auf 193 Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Amerika dagegen schon auf 6, in Kanada auf 13, in Australien auf 20, in Frankreich auf 68 und in England auf 65 Einwohner. Der hochentwickelteste Industriestaat Deutschland ist also in der Benutzung der Kraftwagen am weitesten zurück. Interessant war, was die Führer der Automobilindustrie zu der Frage des Inlandsmarktes auf ihrer letzten Tagung am 7. Oktober zu sagen hatten. Ein Direktor von den Daimler-Benz-Werken führte hierzu unter anderem aus: „Das Problem ist für die deutsche Industrie zum Abgabeproblem geworden. Für eine Massenproduktion im eigenen Lande fehlt in Deutschland die Schicht, die in Amerika hierfür wächst ist: Der Arbeiter, der keine Geschäftsmann und besonders der Bauer, der keine diese Käuferkraft mit unübersehbarer Sicherheit nicht in Frage.“ Diese Käuferkraft ist die Frage aufzuwerfen, warum dies so demgegenüber ist. In Amerika haben die Ford und Genossen sich Käuferkraft für ihre Produkte geschaffen, indem man ihnen hohe Löhne und kurze Arbeitszeit gewährte, ihnen gute Wohnungen schuf usw. Dadurch kamen sie in die Lage, sich ein Automobil anschaffen zu können. Solange die deutsche Industrie den Wert des Inlandsmarktes nicht erkennt, wird Deutschland auch weiterhin das Ländchen auf sich nehmen müssen, der im Gebrauch von Kraftwagen rückständigste Industriestaat zu sein.

Außenhandel und Weltwirtschaft. Die weltwirtschaftliche Verflechtung der meisten Länder hat nach dem Siege im allgemeinen zugenommen. Die Werte der Einfuhr und Ausfuhr — auf den Kopf der Bevölkerung berechnet — sind in fast sämtlichen Ländern größer als vor dem

